

Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel hat die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III präsentiert

Gründe zum Wegzug mindern

STEUERN – Die Kantonskasse atmet zweimal leicht auf: Einerseits erfreute das Jahr 2013 mit angestiegenen Steuereinnahmen in allen Bereichen die Regierung. Andererseits steht nach drei Jahren die Strategie zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III fest.

Ramona Pfund

Schaffhausen. Fast schon traditionell präsentiert der Schaffhauser Regierungsrat zu Beginn der Sommerferien die Zahlen der Steuerstatistik. Da viele Faktoren wie beispielsweise spät eingereichte Steuererklärungen die definitive Abrechnung verzögern, standen gestern die Zahlen des Jahres 2013 im Fokus. «Diese Zahlen sind mehr als eine reine Statistik. Sie sind eine Standortbestimmung und bilden die Grundlage für unsere Finanzpolitik», so Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel. Die Steuerpolitik der letzten Jahre zeigt gemäss der Finanzdirektorin die gewünschte Wirkung. Das Steuerjahr 2013 fiel im Bereich Privatpersonen sowie auch im Bereich der Firmen erfreulich aus.

83 Millionäre mehr

Der Kanton Schaffhausen hatte 2013 insgesamt 45887 primär Steuerpflichtige (+1,6 Prozent), die total 164,4 Millionen Franken Einkommenssteuern (+4 Pro-

zent) bezahlten. Ein wenig markanter ist der Anstieg bei der Vermögenssteuer. Mit 22 Millionen Franken fielen die Einnahmen um 5,6 Prozent höher aus als noch im Jahr 2012. Die Zahl neuer Millionäre hat 2013 übrigens um 83 Personen zugenommen. Ein wichtiger Einkommenszweig für den Kanton ist auch die Quellensteuer. Diese ist mit 200000 Franken (neu 25,5 Millionen Franken) nur marginal gestiegen. Mehr als die Hälfte der 11896 Quellensteuerpflichtigen sind Grenzgänger.

Bei den juristischen Personen, also Firmen aller Art, ist interessant, dass über 80 Prozent fast gar keine Gewinnsteuer bezahlen. «Diese Firmen bringen dem Kanton zwar fast keine Steuereinnahmen, bieten aber viele Arbeitsplätze», so die Finanzdirektorin. Nur 2,7 Prozent aller Betriebe bestreiten 78 Prozent der gesamten Einnahmen aus der Gewinnsteuer. Der Ertrag betrug 35,2 Millionen Franken und war damit um 6,9 Prozent höher als im Jahr 2012. Die juristischen Personen bezahlen auch direkte Bundessteuer. Diese stieg um 9,9 Millionen auf 191,9 Millionen Franken, was für den Kanton mit einem Anteil von 17 Prozent ein Plus von 1,7 Millionen auf 32,6 Millionen Franken bedeutet.

Ob die positive Entwicklung in den nächsten Jahren anhält, ist gemäss der Finanzdirektorin ungewiss. Die undefinierte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, der starke Franken und anstehende Steuerreformen sorgen weiterhin



Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel zeigte, was sich für die ansässigen sowie angesiedelten Unternehmen mit der Unternehmenssteuerreform III ändert. Bild: Ramona Pfund

für Unsicherheiten bei Unternehmen und Privatpersonen.

Steuerbelastung ausgleichen

Seit drei Jahren brachte die angekündigte Unternehmenssteuerreform III (USR III) den Entscheidungsträgern in Kantonen und Firmen grosse Unsicherheiten. Bisher hat der Sonderstatus von Holding-, Domicil- und gemischten Gesellschaften mit günstiger Besteuerung einen massgeblichen Beitrag an die Standortattraktivität der Schweiz geleistet. Der Druck vom internationalen Umfeld wurde in den letzten Jahren aber immer grösser, die Schweiz musste im Steuerstreit mit der EU reagieren.

Nun hat der Bundesrat Anfang Juni eine Botschaft zur USR III in die parlamentarische Beratung geschickt. Der Sonderstatus der betroffenen Gesellschaften – viele davon kommen aus dem Ausland – soll aufgehoben werden, was zu mehr Einklang bei der Besteuerung der verschiedenen Unternehmensformen sowie zu mehr internationaler Akzeptanz führen soll. Das bedeutet aber auch, dass viele Firmen nach der Reform im Kanton Schaffhausen doppelt so viel Steuern bezahlen müssten. Die Schaffhauser Regierung hat gestern ihre

Strategie vorgestellt, wie sie diese Situation entschärfen will. «Unsere Handlungsmöglichkeiten sind sehr beschränkt», erklärte Rosmarie Widmer Gysel, die trotzdem an den Zielen festhalten will: Alle betroffenen Gesellschaften im Kanton halten, USR III kostenneutral umsetzen und einen Ausgleich für die Gemeinden schaffen.

Umgebar ist eine Steuererhöhung für Firmen mit Sonderstatus nicht. Die Steuerbelastung wird für jene um 40 bis 50 Prozent steigen, soll aber für ordentliche Gesellschaften in den darauffolgenden Jahren um einen Viertel sinken. Ziel ist eine effektive Gesamtsteuerbelastung von 12,5 Prozent aller juristischen Personen, um einen Ausgleich zu schaffen und international sowie interkantonal konkurrenzfähig zu bleiben. «Die betroffenen Firmen wissen, dass eine Steuererhöhung auf sie zukommt. Viele haben uns zugesichert, im Kanton Schaffhausen zu bleiben», so Andreas Wurster, Leiter der kantonalen Steuerverwaltung. Kostenneutralität wäre sogar noch gegeben, wenn nur 60 Prozent der betroffenen Organisationen bleiben würden. «Ziel ist aber natürlich, dass alle bleiben», sagt Andreas Wurster, der dabei auch an die 3200 Arbeitsplätze denkt, die auf dem Spiel stehen.



«Ich lese den **«Bock»**, weil er für mich die Informationsquelle dafür ist, was in der Region läuft.»

Iwan Stoessel,
Schaffhausen,
Member of the Swiss
Academy of
Sciences